

Pressemitteilung

Wie der Mittelstand aus der Krise gestärkt hervorgehen kann

Wissenschaft, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik diskutierten über aktuelle und zukünftig notwendige Unterstützungsmaßnahmen

Institut für
Mittelstandsforschung

IfM
BONN

www.ifm-bonn.org

Das IfM Bonn ist eine Stiftung des privaten Rechts.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Bonn, 13. April 2021. "Auch wenn aktuell die akuten Probleme des Mittelstands überwiegen und ein Ende der Pandemie noch nicht absehbar ist, darf die Mittelstandspolitik die Post-Corona-Zeit nicht aus den Augen verlieren. Vielmehr sollte schon jetzt nach Wegen gesucht werden, wie die Unternehmen dabei unterstützt werden können, ihre längerfristige Unternehmensentwicklung wieder anzugehen“, mahnte Prof. Dr. Friederike Welter (IfM Bonn/Universität Siegen) auf dem heutigen digitalen Round Table Mittelstand. Auf Einladung des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn diskutierten Vertreter und Vertreterinnen von wissenschaftlichen Instituten, Wirtschaftsverbänden und von der KfW Bankengruppe mit Vertretern und Vertreterinnen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie über die aktuellen und die zukünftig notwendigen wirtschaftspolitischen Unterstützungsmaßnahmen.

Nach Untersuchungen von Petrik Runst und Jörg Thomä (IfM Göttingen) hat sich die mittelständische Wirtschaftsstruktur in der Corona-Krise als widerstandsfähig erwiesen. Der Vergleich der Arbeitslosenquoten in den verschiedenen Regionen zeige, dass Kreise mit kleinbetrieblich geprägter Wirtschaftsstruktur weniger stark von den negativen konjunkturellen Effekten der Corona-Krise betroffen gewesen sind als Kreise mit großbetrieblicher Struktur.

Gleichwohl stellt nach Ansicht von Dr. Dominika Wach (TU Dresden) die Corona-Krise für Unternehmer und Unternehmerinnen eine enorme finanzielle, aber auch persönliche Belastung dar. Dennoch würden Solo-Selbstständige sowie Inhaber und Inhaberinnen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Deutschland eine relativ hohe Lebens- und Arbeitszufriedenheit bekunden. "Dies spricht für eine hohe Resilienz. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass mentale und körperliche Erholung maßgeblich zur Erhaltung des

psychologischen Wohlbefindens beitragen. Am schwersten fällt den Unternehmern und Unternehmerinnen das mentale Abschalten nach der Arbeit“, erklärte die Dresdner Arbeits- und Organisationspsychologin.

Unterstützungsmaßnahmen zielgerichteter verteilen

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Belastung der Selbstständigen hat sich nach Untersuchungen von Prof. Dr. Jörn Block (Universität Trier) und Prof. Dr. Alexander Kritikos (DIW Berlin) die Soforthilfe zu Beginn der Pandemie als “moderat positiv erwiesen“ – vor allem, weil sie so schnell gewährt wurde. Durch diese Hilfen konnten Belastungen aus fixen Betriebskosten bei denjenigen Selbstständigen zum Teil aufgefangen werden, die hohe Umsatzverluste zu verzeichnen hatten. Um die positive Wirkung einer solchen Unterstützungsmaßnahme längerfristig zu fördern, seien jedoch verlässliche monatlich ausgezahlte Hilfen für Selbstständige in Monaten mit hohen Umsatzverlusten wichtig.

Dr. Davud Rostam-Afschar (Universität Mannheim) hob in seinem Vortrag hervor, dass eine zielgenauere Ausgestaltung der Unterstützungsmaßnahmen durch bessere Ausrichtung an die jeweiligen unternehmerischen Kostenstrukturen und die branchenspezifische Lage sinnvoll sei. Infolgedessen könnte der Liquiditätsbedarf sehr viel konkreter bestimmt und sowohl Mitarbeiterentlassungen als auch Insolvenzen gesunder Unternehmen vermieden werden. Neue Daten des German Business Panels würden zudem zeigen, dass damit insbesondere Unterstützungsleistungen für Unternehmen wegfallen würden, die ihre Gewinne im Vergleich zu 2019 steigern konnten.

“Mit dem Fortschreiten der Krise sollte die Politik bevorzugt Instrumente zur Förderung von Unternehmern initiieren, die innovativ auf die Pandemie reagieren, anstatt das Überleben von fast insolventen Firmen zu verlängern“, erklärte Dr. Georg Licht (ZEW). Gemeinsam mit zwei weiteren ZEW-Wissenschaftlern hatte er anhand von Daten von rund 1,5 Millionen Unternehmen in Deutschland untersucht, inwieweit die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Frühjahr 2020 eine unmittelbare Welle an Unternehmensinsolvenzen verhindert hat. Demnach konnten schätzungsweise rund 25.000 Unternehmen, die sich bereits vor der Krise in einer schwachen finanziellen Situation befanden, den Gang zum Insolvenzgericht bis November 2020 vermeiden.

Unterschiedliche Krisenbetroffenheit im Mittelstand

Hans-Jürgen Wolter (IfM Bonn) zeigte in seinem Vortrag auf, dass der Großteil der mittelständischen Unternehmen inzwischen unter Einhaltung eines Hygienekonzeptes weitestgehend unbehindert agieren könne. Dagegen seien die wirtschaftlichen Konsequenzen für diejenigen mittelständischen Bereiche gravierend, die aufgrund der pandemischen Situation (teilweise dauerhaft) schließen müssten. "Für das Überleben dieser Branchen und Unternehmen wäre es daher wichtig, über einen längeren Zeitraum unbürokratisch finanzielle Unterstützung bereit zu stellen. Auch müssen unter Umständen längerfristige Einbrüche in der Unternehmensentwicklung bedacht werden, weil sich das Konsumentenverhalten auf Dauer ändern kann", so der IfM-Wissenschaftler. Auch Prof. Dr. Simone Chlosta und Martin Deschauer (RKW Kompetenzzentrum) unterstrichen in ihrem Vortrag, dass die Corona-Pandemie längst nicht mehr alle mittelständischen Unternehmen belaste. Dies habe eine Befragung zum Jahreswechsel 2020/21 gezeigt. Stattdessen stünden inzwischen wieder die Themen "Fachkräftemangel", "Kundengewinnung" und "Digitalisierung" im Fokus. Zudem würden die Themen "Nachhaltigkeit" und "Klimaschutz" in den KMU an Bedeutung gewinnen.

Mittelstand muss noch digitaler werden

Aber auch wenn im Zuge der Coronapandemie-Krise viele mittelständische Unternehmen ihre Digitalisierungsaktivitäten gesteigert hätten, sollte nach Ansicht von Dr. Volker Zimmermann (KfW-Research) weiterhin ein Schwerpunkt der Mittelstandspolitik auf der Förderung der digitalen Transformation liegen: "Häufig haben sich die Unternehmen während der vergangenen Krisenmonate auf schnell umsetzbare Maßnahmen konzentriert – langfristige Vorhaben wurden hingegen zurückgestellt. Auch nach Überwindung der akuten Krisenphase werden Investitionen in die Digitalisierung kein Selbstläufer", resümierte der Wissenschaftler der KfW-Bankengruppe.

Medienkontakt

Dr. Jutta Gröschl
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: (0228) 72997-29
E-Mail: groeschl@ifm-bonn.org